



Das Erlöschen der Galeria Kaufhof GmbH

Zum politischen Mandat
der Gewerkschaften im Einzelhandel

Im Einzelhandel ist der Strukturwandel im vollen Gang: Das Onlinegeschäft setzt den stationären Handel unter Druck. Warenhäuser, einst Platzhirsche der Innenstädte, kämpfen heute um das Überleben. Damiano Quinto ist Bundesfachgruppensekretär für den Einzelhandel. Mit ihm sprach Jan Richter, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft.

Damiano, du sprichst mit uns nicht im Namen von ver.di, sondern als Gewerkschafter, der sein politisches Mandat wahrnehmen will. Was ist gerade bei Kaufhof passiert?

Damiano Quinto: Mitte Dezember wurde den Beschäftigten dort schriftlich mitgeteilt, dass Kaufhof Anfang Januar 2020 „erlischt“. Damit kamen die Geschäftsführer von Kaufhof und Karstadt ihrer Unterrichtungspflicht über einen Betriebsübergang nach. Dieser bestand darin, dass Kaufhof gesellschaftsrechtlich mit Karstadt verschmilzt. Kaufhof hat sein gesamtes Vermögen auf Karstadt übertragen

und existiert seit 7. Januar nicht mehr. Nur der Name bleibt erhalten, die neue Gesellschaft heißt nun „GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH“.

Was hat sich mit der Verschmelzung geändert?

Allein die Übertragung von Vermögen von einem Unternehmen auf ein anderes, die beide ein und demselben Gesellschafter gehören, hat Rechtsfolgen auf die Mitbestimmungsstrukturen und auf Tarifverträge! Die Eigentumsverhältnisse bestimmen die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf der kollektiven Ebene – und spätestens an diese Stelle hätte das politische Mandat der Gewerkschaften wahrgenommen werden müssen.

Wie meinst du das?

Mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung durch die Vermögensübertragung erlischt nicht nur Kaufhof, auch die gesamte Mitbestimmungsstruktur auf Unternehmensebene geht mit unter (GBR, WA, GSchwV

und GJAV.). Weil das Unternehmen aufhört zu bestehen, entfällt auch der paritätisch nach Mitbestimmungsgesetz gebildete Aufsichtsrat bei Kaufhof.

Bei Kaufhof galt der Flächentarifvertrag für den Einzelhandel, was ist damit?

Kaufhof war tarifgebunden und beteiligte sich an den Tarifverhandlungen mit ver.di. Anfang 2019 erklärte Kaufhof den Wechsel in die oT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung). Diese Erklärung erfolgte zum Ablauf der damals gültigen Gehalts- und Lohntarifverträge. So wurden die in der Tarifrunde 2019 erzielten Lohnsteigerungen von bis zu drei Prozent nicht mehr weitergegeben. Eine Verkäuferin bei Kaufhof verdiente also Ende 2019 nur noch 97% des Flächentarifniveaus.

Durch die Verschmelzung gilt nun der Haustarifvertrag von Karstadt?

Diese Ablösung hätte zu einem erheblichen Eingriff in die monatlichen Entgelte der Beschäftigten geführt. In NRW

z.B. wäre das Monatsgehalt einer Kaufhof-Verkäuferin von heute auf morgen von 2.579 auf 2.306 Euro gefallen.

Aber fanden im Dezember nicht Tarifverhandlungen zwischen ver.di und beiden Unternehmen statt?

Ja, und zwar unter diesen vom Management gesetzten Rahmenbedingungen. Der kurz vor Weihnachten abgeschlossene Überleitungstarifvertrag konnte den Eingriff in die monatlichen Entgelte der Kaufhof-Beschäftigten nur dadurch abwehren, dass diese nun bis 2024 auf ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichteten. Die im Vorfeld angekündigte Vermögensübertragung hat die Tarifaufeinandersetzung maßgeblich geprägt – und zwar unabhängig von der vorhandenen Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen bei Kaufhof.

Die Kapitaleseite hat mit juristischen Mitteln Mitbestimmungsstrukturen

Fortsetzung auf Seite 5



■ Zur Sache:

Die Weichen neu stellen

Von Ulrike Eifler

DIE LINKE steckt in einer Strategiedebatte. Höchste Zeit, sagt die BAG Betrieb & Gewerkschaft. Denn die politischen Widersprüche unserer Partei sind deutlich wahrnehmbar: Während wir einerseits beanspruchen, die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, sind zurückgehende Wahlergebnisse vor allem auf Verluste bei abhängig Beschäftigten, bei Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitslosen zurückzuführen. Immer weniger wählen uns also diejenigen, deren Interessen wir im Parlament vertreten wollen. Dabei ist keine Partei so sehr die Partei der Arbeit wie wir: 65 Prozent der Neumitglieder sind abhängig Beschäftigte. Auf unseren Parteitag ist jede/r Zweite Gewerkschaftsmitglied.

Hinzu kommt ein zweiter Widerspruch: Die politische Polarisierung führt zwar zu einer Stärkung des linken Lagers, nicht aber zu einer Stärkung der LINKEN. Während der Rückhalt von CDU und SPD zunehmend schwindet, sortieren sich die Mehrheiten auf der Linken wie der Rechten neu. Dabei hat sich mit der AfD zum ersten Mal seit 1945 eine Partei etabliert, die das Ziel und das Potential hat, die Arbeiterklasse auf der Grundlage nationaler und kultureller Ressentiments zu organisieren. Auf der Linken haben Bündnisse wie „Aufstehen gegen Rassismus“, „Unteilbar“ oder „Keine AfD in den Landtag“ sichtbar dageengehalten. Die Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE jedoch haben sie nicht gestärkt.

Wir sagen: Diese Widersprüche sind Ausdruck tiefer gesellschaftlicher Umbrüche. Klimawandel,

industrielle Strukturveränderungen, wachsende Unsicherheiten am Arbeitsplatz, die Krise des Parteiensystems und nicht zuletzt der Aufstieg neofaschistischer Parteien schieben sich ineinander und verdichten sich zu einer Zivilisationskrise, die die sozialen, ökologischen und demokratischen Grenzen des Kapitalismus offenbart.

Dass es angesichts dieser Entwicklungen in der Partei DIE LINKE kriselt, ist nicht ungewöhnlich, denn wir müssen uns neu dazu verhalten. Am Ende der Strategiedebatte müssen jedoch die richtigen politischen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die BAG Betrieb & Gewerkschaft stellt hierzu fünf Thesen zur Diskussion. Darin betrachten wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten unserer Partei als Ausdruck sich zuspitzender Klassenauseinandersetzungen und werben für eine stärkere Klassenverankerung. Statt den politischen Ausdruck der Klasse müssen wir die Klasse selbst organisieren. Die SPD hat das Milieu der abhängig Beschäftigten zerstört und heimatlos zurückgelassen. Die AfD schickt sich an, diesem Milieu eine politische Heimat anzubieten. Die Klassenverankerung der Partei DIE LINKE ist die einzige Möglichkeit, die AfD zurückzudrängen, der anhaltenden neoliberalen Offensive des Kapitals etwas entgegenzusetzen und den Kampf um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Klimazerstörung zu gewinnen.

Ulrike Eifler ist Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft

Siehe auch die „Fünf Thesen zur Strategiedebatte“ auf Seite 6

Kommunalpolitik

Wieso sich linke Gewerkschafter*innen engagieren sollten!

Ob Erhalt von Stadtteilbibliotheken, Einrichtung von Zebrastreifen, Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in ordentliche Arbeitsverhältnisse, Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit, Abschaffung von Essensgeld in Kindertagesstätten oder Engagement gegen Privatisierungen – Kommunalpolitik ist oft kleinteilig – Wieso sollten sich linke Gewerkschafter*innen in der Kommunalpolitik engagieren? Hierzu reden wir mit Stefan Jagel, Spitzenkandidat in München zur Stadtratswahl. Mit ihm sprach Jana Seppelt, Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft.



Stefan Jagel, Spitzenkandidat DIE LINKE in München zur Stadtratswahl

Wie wichtig ist für dich die Kommunalpolitik?

Kommunalpolitik ist konkret und durchaus vielfältig. Sie ist unmittelbare, direkte Politik, hier findet ein spürbarer Kontakt zwischen den Entscheidungsträgerinnen und -trägern und den Einwohnerinnen und Einwohnern statt. Je besser wir Menschen in unsere Entscheidungen mit einbinden und deren Interessen vertreten, desto erfolgreicher ist linke Kommunalpolitik aus meiner Sicht.

Was macht für dich linke Kommunalpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht aus?

Es muss Ziel linker Kommunalpolitik sein, vor allem die Spaltung der Gesellschaft zu thematisieren und zu beiseitigen. Die Spaltung in Arm und Reich zieht sich durch viele Themengebiete. Exemplarisch möchte ich hier Miete, Gute Arbeitsbedingungen für kommunale Beschäftigte, Gesundheit aber auch die Daseinsvorsorge insgesamt benennen.

Was macht für dich Gute Arbeit in der Kommunalpolitik aus?

Zunächst mal die eigenen städtischen Beschäftigten. Hier haben wir direkten Einfluss. In der Stadt München sind dies ca. 40.000 Beschäftigte. Nimmt man die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften hinzu, sind es 60.000 Beschäftigte, wo wir als Stadtrat direkten Einfluss haben, um z.B. Outsourcing von der Hausreinigung zu verhindern oder sachgrundlose Befristungen auszuschließen. Ein weiterer Aspekt ist natürlich das Vergaberecht. Jährlich vergeben die Städte und Gemeinden Aufträge in

Deutschland in der Höhe von rund 240 Mrd. Euro. Zu welchen Bedingungen wir diese Aufträge vergeben, bestimmen die Parteien im Stadtrat. Gelten also z.B. Tarifgebundenheit oder Frauenförderung in städtischen Betrieben als Kriterien der Vergabe von Aufträgen.

Wie ist es mit dem lokalen Kampf gegen Rechts?

Die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen und Faschisten beginnt aus meiner Sicht lokal. Oft docken diese ihre Hetze an konkreten Problemen in den Stadtteilen an. Unsere Antwort muss eine solidarische, inklusive und weltoffene Stadt sein. Eine soziale Politik die den Betroffenen die Ängste und damit den Nährboden entzieht. Dies zeichnet linke Kommunalpolitik aus meiner Sicht aus.

Wie verstehst du deine Rolle als zukünftiger Stadtrat?

Wir dürfen uns aus meiner Sicht in unserem politischen Handeln nicht an Sach- und Sparzwängen orientieren. Linke Kommunalpolitik muss die Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen, Rentnerinnen und Rentnern mit wenig Kohle im Blick haben. Ich will in München selbstbewusste Menschen unterstützen, die über den Druck von der Straße und den Betrieben politische Änderungen herbeiführen wollen. Es geht um ein Angebot an alle Menschen, dies gemeinsam zu tun. Dabei spielen die Gewerkschaften eine besondere Rolle.

Mehr Brutto für mehr Netto

Interview mit Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zum Jahresauftakt veröffentlicht die Partei ein Papier zum Sozialstaat. Begrüßt du das?

Natürlich. Es ist gerade jetzt wichtig, die soziale Frage ins Zentrum zu rücken. Zumal die Fraktion auch schon überzeugende Konzepte ausgearbeitet hat, etwa zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung. Kritik habe ich aber an der Grundannahme des Papiers.

Dass der Neoliberalismus gescheitert ist?

Genau! Ich bin seit zwei Jahren Abgeordnete und höre im Bundestag ständig, dass wir Investitionen brauchen, die Tarifbindung gestärkt und Befristungen eingedämmt werden müssen. Passiert ist nichts. Dabei verschärfen Digitalisierung und Transformation diese Notwendigkeiten. Von der Bundesregierung gibt es Mini-Kompromisse, aber es dominieren die Rufe nach weiteren Flexibilisierungen.

Der Neoliberalismus ist nicht tot?

Der hält sich ziemlich stabil. Unternehmen verkünden fast täglich Massenentlassungen und sichern sich so ihre Profite auf Kosten abhängig Beschäftigter. Die Bundesregierung weigert sich, den Schutz der Sozialversicherung auszubauen. Altmaier träumt von einer „Sozialabgabenbremse“. Dieses neoliberale Argument der „Sozialabgabenbelastung“ hält sich seit den 1990er Jahren.

Wie können wir progressive Veränderungen bewirken?

Indem wir klar machen, dass es die abhängig Beschäftigten sind, die ihre Rechte in Abwehrkämpfen verteidigen und gesellschaftliche Verbesserungen erkämpfen müssen. Als LINKE unterstützen wir diese Kämpfe und müssen zugleich parlamentarisch für Rahmenbedingungen sorgen, die die Rechte der Kolleginnen und Kollegen stärken. Die Transformation ist eine Chance, um andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu erringen. Aber dafür brauchen wir Bündnispartner.

Kannst du das ausführen?

Anstatt auf Mehrheiten im Bundestag zu hoffen, außerparlamentarisch Druck aufbauen. Die Themen werden selten im Parlament gesetzt, sondern weil draußen der gesellschaftliche Druck steigt. Soziale Sicherheit gibt es auch nicht zum Nulltarif. Dafür müssen wir uns mit den Mächtigen anlegen, denn dort sitzt das Geld. Es geht um Umverteilung und um gesellschaftliche Machtverhältnisse, nicht um Einsicht und Almosen. Dafür brauchen wir Gewerkschaften und andere Bündnispartner. DIE LINKE darf nicht allein parlamentarischer Dienstleister, sondern muss Bestandteil von kämpferischen Sozial- und Gewerkschaftsbewegungen sein.



FOTO: FRAKTION DIE LINKE IM BUNDESTAG

Deshalb will die Fraktion die Sozialversicherungssysteme ins Zentrum rücken?

Eine Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung erweitert die Perspektive auf die Ausgestaltung des Sozialstaates. So wichtig es ist, Mindestsicherungen einzuziehen und nach unten abzudichten, so falsch ist es, hier stehen zu bleiben. Ein Sozialstaat der Zukunft muss darauf abzielen, Beschäftigte zur Organisation zu ermächtigen und ihre sozialen Rechte stärken. Gerade weil jede soziale Verbesserung der Kapitalseite in zähen Kämpfen abgetrotzt werden muss,

dürfen wir uns mit Mindestsicherungssystemen und Almosen allein nicht abfinden.

Wiederherstellung oder Ausbau des Sozialstaats?

Beides! Im Bundestag wäre die Wiederherstellung der Zeit vor der Agenda 2010 ein riesiger Schritt. Aber natürlich dürfen wir hier nicht stehen bleiben. Kernstück der Agenda war Hartz IV und die Zerschlagung der sozialen Schutzfunktion für Arbeitnehmer, um „Eigenverantwortung“ zu fördern. De facto wurde Arbeit für Unternehmer billiger und prekäre

Jobs boomten. Es ist wirklich allerhöchste Zeit, mit dem Ammenmärchen aufzuräumen, dass Sozialabgaben eine Belastung wären.

Das sind sie nur für die Arbeitgeber, für Beschäftigte bedeuten sie Schutz.

Richtig. Das sind auch keine Nebenkosten, sondern Bestandteil des Lohns. Ich sage: Mehr Brutto für mehr Netto! Löhne rauf und Schutz der Sozialversicherung ausbauen. Um die notwendige Umverteilung auch zukünftig abzusichern, muss Beschäftigung über den Transformationsprozess hinaus gesichert werden. Statt grüne Verzichtsdebatten braucht es ein Wachstum der Vernunft – ökologisch, nachhaltig und klimaneutral.

Aber Bioprodukte aus nachhaltiger Produktion muss man sich leisten können.

Gerade deshalb ist Verzicht bei Löhnen fatal. Die notwendige Umstellung auf fair und ökologisch nachhaltig produziertes Essen ist teuer. Natürlich müssen die Menschen auch mehr verdienen. Erst dann werden ökologisch produzierte Lebensmittel für die große Mehrheit bezahlbar und setzen sich gesellschaftlich durch. „Feel-Good-Bio-Nischen“ für Gutbetuchte werden die Erde nicht retten. Dafür braucht es Eingriffe in den Markt und wirtschaftliche Mitbestimmung. Und den Mut das zu tun, hat in Deutschland nur DIE LINKE.

Das Gespräch führte Jan Richter, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft

Langfassung siehe www.betriebundgewerkschaft.de/thema/politik/blog/

BAG Betrieb & Gewerkschaft zum linken Sozialstaat

Wir begrüßen das umfassende Papier im Grundsatz, denn es enthält viele richtige Forderungen. Doch in seiner Gesamtheit wirkt es statisch und eröffnet nur wenig Handlungsperspektiven. Ausgeblendet wird, dass der Kampf um den Sozialstaat historisch immer die Antwortsuche auf die drängendsten Fragen war: Der Acht-Stunden-Tag war die Antwort auf lange Arbeitszeiten um 1900; die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Ungleichbehandlung von Arbeiterinnen und Arbeitern und Angestellten Mitte der 1950er; der Mindestlohn auf den Niedriglohnsektor im Nachgang der Agenda-Politik. Wenn heute Klimawandel und Strukturumbrüche und die Zukunftssorgen der Beschäftigten die drängendsten Fragen

sind, dann muss DIE LINKE den Sozialstaat aus dem Kampf um einen sozial-ökologischen Umbau begründen. Neben Arbeitslosengeld Plus und dem Ausbau von Mobilität und Verkehrsinfrastruktur braucht es vor allem Impulse für eine ökologische Industriepolitik. Gleichzeitig unterschätzt das Papier, wie sehr der Sozialstaat historisch auch das Ergebnis von Verteilungskämpfen war. Während die Politik in den 70er Jahren zu Zugeständnissen gezwungen werden konnte, weil diese infolge des Wirtschaftswachstums möglich waren, haben die neoliberalen Angriffe der letzten 30 Jahre den Sozialstaat nicht nur abgebaut, sondern auch Kräfteverhältnisse verändert. Wenn wir unsere Forderungen nicht nur

aufschreiben, sondern auch durchsetzen wollen, müssen Kräfteverhältnisse analysiert und Bündnisoptionen erwogen werden. Deshalb muss gelten: Keine Programmformulierung ohne eine notwendige Diskussion über Durchsetzungsperspektiven. Diese ergeben sich aus realer Klassenverankerung. Forderungen nach Mindestsicherungen sind jedoch das Ergebnis einer einseitigen Orientierung auf Erwerbslosigkeit und der sozialpolitischen Beschränkung auf den parlamentarischen Raum. Wir sagen: Nur gewerkschaftliche Verankerung kann Mobilisierungsstärke und parlamentarische Präsenz sinnvoll miteinander verbinden und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ändern.

Olaf Klenke

Mindestens 12 Euro!

Fast-Food-Workers-United kämpfen um Respekt und Anerkennung und brauchen Unterstützung

Wahrscheinlich war jede und jeder von uns schon einmal bei McDonald's, Starbucks & Co. Derzeit wird hier, in der sogenannten Systemgastronomie, über einen neuen Entgelttarifvertrag verhandelt. Mehr als 100.000 Beschäftigte arbeiten in dieser Branche und fast alle großen Fast-Food-Ketten sind von den Tarifverhandlungen betroffen. Seit Jahreswechsel wurde die dort unterste Lohngruppe von 9,25 Euro pro Stunde durch den ab Januar angestiegenen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 9,35 Euro eingeholt. Der Großteil der Beschäftigten kommt nicht über die Tarifgruppe 3 hinaus. Das entspricht derzeit einem Stundenlohn von 9,76 Euro. In der Systemgastronomie gibt es eine enorme Arbeitsbelastung, die stetig zunimmt. Bei McDonald's bereitet ein Mensch in Spitzenzeiten bis zu 140 Cheeseburger pro Stunde zu, bei Starbucks ein Barista bis zu 150 Latte Macchiato. Wie eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ergeben hat, arbeiten sechs von zehn Fast-Food-Workern regelmäßig an Wochenenden, vier von zehn regelmäßig abends und im Schichtbetrieb. Über zwei Drittel der neu begonnenen sozialversicherungspflichtigen Jobs sind befristet. Die weltweit operierenden Konzerne und Investoren mit ihren milliardenschweren Umsätzen setzen auf das Geschäftsmodell Armutslohn. Sie nutzen oft die unsichere und abhängige Lage vieler migrantischer Beschäftigter aus.



Streikende von McDonald's und Starbucks in Berlin am 10. Februar 2020

Gegen diese Zustände hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) die Initiative „Fast-Food-Workers-United“ gegründet. Sie haben eine klare Lohnforderung aufgestellt: Mindestens 12 Euro soll der Einstiegslohn betragen. Die unterste Lohngruppe soll gestrichen, die anderen entsprechend erhöht werden. Die Fast-Food-Worker haben in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, dass sie nicht wehrlos sind. Auch prekär Beschäftigte können sich für ihre Interessen organisieren. Dutzende Streiks bei verschiedenen Fast-Food-Ketten haben stattgefunden und viel Unterstützung erfahren. Auch DIE

LINKE war mit vor Ort. Wegen des Filialsystems der Branchen und der hohen Personalfuktuation ist es oft nur punktuell möglich, ökonomischen Druck aufzubauen. Öffentliche Unterstützung und öffentlicher Druck sind deshalb wichtig. Die dritten Tarifverhandlungen am 14. Februar sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Nach Vorstellung des Bundesverbandes der Systemgastronomie sollen die Beschäftigten von McDonald's, Burger King, Starbucks, Nordsee & Co. frühestens 2024 einen Einstiegslohn von 12 Euro erhalten.

Am 2. März findet eine Schlichtung in München statt. Ausgang offen. Die

NGG wird sich nicht mit Armutslöhnen abspeisen lassen. Sie kündigt weitere Streiks und Protestaktionen an und fordert 12 Euro nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag. Also: Informiert euch und unterstützt die Fast-Food-Worker. Und wenn ihr mal wieder bei McDonald's, Starbucks & Co. einkehrt, zeigt den Beschäftigten eure Anerkennung für den schweren Job. Mehr Infos im Netz: ngg.net/fastfood-workers und auf Facebook: [facebook.com/ffwunited](https://www.facebook.com/ffwunited)

Olaf Klenke ist in der LAG Betrieb & Gewerkschaft Berlin und NGG-Gewerkschaftssekretär

Ulrike Eifler

Verteilungskämpfe führen: Durch Verankerung und in Bündnissen

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir fordern angemessene Bezahlung und kritisieren Arbeit, von der man nicht leben kann. Wir streiten für eine Absicherung im Alter und wollen den Reichen durch höhere Steuern an den Kragen. Unsere Antworten sind plausibel, unsere Konzepte durchgerechnet. Unklar ist allein die Durchsetzungsperspektive. Im Kern geht es um die Verbindung von außerparlamentarischem Druck und parlamentarischer Präsenz. Außerparlamentarischer Druck entsteht nicht von allein. Er braucht Verankerung und muss aktiv aufgebaut werden. Er ist aber auch Ergebnis von und Voraussetzung für parlamentarische Stärke.

Ein gutes Beispiel für dieses Wechselspiel ist der Kampf gegen die Studiengebühren in Hessen. Über Monate hatte sich 2007 die Studierendenbewegung radikalisiert, Vorlesungen bestreikt, Autobahnen besetzt, ein Volks-

begehren initiiert. Als Roland Koch 2008 keine Mehrheit mehr hatte und für einen kurzen Moment die Zeichen auf Rot-Rot-Grün standen, bot sich im Landtag die Möglichkeit für die Abschaffung der Studiengebühren durch die Stimmen von SPD, Grünen und DIE LINKE. Diese parlamentarische Mehrheit war alles andere als selbstverständlich, denn in den Sondierungsgesprächen hatten die Grünen durchblicken lassen, dass sie die Gebühren aus haushaltspolitischen Gründen gern beibehalten würden. Aber sie fürchteten den Druck der Straße. Ohne die monatelangen Proteste hätte sich die parlamentarische Mehrheit wahrscheinlich nur schwer gefunden. DIE LINKE war Teil dieser Bewegung. Ihre Mitglieder hatten an den Universitäten, in den Schulen, als Eltern oder Gewerkschafter den Protest organisiert. Die klare Orientierung ihrer Partei hatte ihnen dafür den politischen Rückhalt gegeben.

Wer also von neuen linken Mehrheiten träumt, darf den außerparlamentarischen Druck nicht vernachlässigen und muss gleichzeitig die Rolle für DIE LINKE dabei klären. Denn im Kern geht es um mehr als bloße Präsenz in den Protesten. Es reicht auch nicht, den Bewegungen einfach nur eine möglichst große Bühne zu bieten. Es geht vielmehr darum, Bewegungen zu stärken, ohne sich in ihnen aufzulösen. Einen konstruktiven Streit um die Ausrichtung zu führen, ohne den Schwung der Mobilisierung zu schwächen. Unsere Pflegekampagne und die aktive Unterstützung der Beschäftigten an der Charité sind gute Beispiele dafür, wie wichtig die Rolle einer linken Partei in Bewegungen und sogar in Tarifkämpfen sein kann. Hervorzuheben ist hier nicht nur die organisierte Solidarität mit den Beschäftigten, sondern auch unser Anspruch, aus der personellen Unterbesetzung eine gesamtgesellschaftliche

Frage über den Stellenwert der Pflege zu machen. Auch nicht unerwähnt bleiben soll die Kampagne „Keine AfD in den Landtag“, die 2018 im hessischen Landtagswahlkampf unter anderem von linken Gewerkschaftern initiiert worden war und in ihrem Verlauf linke Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammengeführt hatte.

Fest steht: Der Sozialstaat wird sich nicht erneuern, nur weil DIE LINKE jetzt ein Papier dazu hat. Sondern nur, wenn wir die kollektive Stärke der Partei und die Verankerung unserer Mitglieder in Gewerkschaften und Beiräten, in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Religionsgemeinschaften nutzen, um aus dem überall existierenden Unmut den Protest aufzubauen und auf diese Weise zum organisierenden, und so zum nicht mehr wegzudenkenden, zum organischen Teil von Bewegungen zu werden.

Fortsetzung von Seite 1:

zerschlagen und Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen gesetzt. Stellen wir uns vor, eine Gewerkschaft würde in einer ähnlichen Situation einen Tarifkonflikt auf der politischen Ebene mit der Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung der Betriebsräte verbinden. Das würde eine ganz andere Dynamik entfalten! Im Überleitungstarifvertrag ist eine Beteiligung der Beschäftigten an der Zukunftsentwicklung des Warenhauses vereinbart. Ein erster richtiger Schritt. Aber nach Beteiligung muss Mitbestimmung kommen.

Apropos Zukunft: René Benko, Vorsitzender der SIGNA-Gruppe, zu der auch die GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH gehört, will das Warenhaus als Handelsunternehmen und als Immobilie neu aufstellen.

Benko will Kunden gewinnen, die off- und online über alle Verkaufskanäle einkaufen, denn die geben mehr Geld pro Einkauf aus. Deren Verkaufsdaten können mit Hilfe von Smart Data sortiments- und kanalübergreifend sowohl zur Personalisierung als auch zur Lokalisierung von Angeboten analysiert werden. Dadurch soll die Ware wieder zum Vollpreis verkauft werden. Rabatte bringen zwar Umsatz, schmälern aber die Profite. Das ist der Kern des neuen Geschäftsmodells.

Und die Immobilien?

Büroräume in bester Innenstadtlage, zu entsprechenden Mietpreisen.

Mit Auswirkungen auf die Innenstädte.

Deshalb politisches Mandat. Wenn innenstädtischer Wohnraum für Beschäftigte aufgrund von Kapitalstrategien unbezahlbar wird, dann muss sich eine Gewerkschaft in der Kommunalpolitik Gehör verschaffen. Das gilt übrigens auch, wenn Benko Mietflächen anbietet, von denen aus Logistiker beliefern können. Es berührt das tägliche Leben der Menschen, wenn sich in Innenstädten Lieferwagen stauen und die Luft verpesten. Kurzum: Im Idealfall würde sich ver.di an der Erarbeitung von kommunalen Einzelhandelskonzepten beteiligen.

Wir dürfen die Entwicklung des Handels und somit unserer Städte



Damiano Quinto im Gespräch mit Jan Richter

nicht privaten Kapitalinteressen überlassen ...

Selbstverständlich nicht! In einer funktionierenden Demokratie legen die Bewohner fest, nach welchen Gesichtspunkten der Einzelhandel in einem Raum geplant oder angesiedelt werden soll. Die Gewerkschaften als Teil der Zivilgesellschaft gehören dazu.

Die wirtschaftlichen Probleme, mit denen z.B. Kaufhof zu kämpfen hat, sind zum Teil auch Ergebnis eines Strukturwandels der Branche.

Es gab bei Kaufhof grobe Managementfehler. Aber es reicht nicht aus, nur auf diese zu verweisen. Das politische Mandat der Gewerkschaften wahrnehmen bedeutet, die wirtschaftlichen Probleme von Kaufhof im Kontext dieses Strukturwandels zu stellen. Es reicht nicht aus, wenn Beschäftigte nur eines Unternehmens sich am Wandlungsprozess des Einzelhandels beteiligen.

Das ist ein legitimer Anspruch an linke emanzipatorische Politik.

Die Digitalisierung ist Menschenwerk. Die Frage ist, ob wir die technischen Möglichkeiten einem Kapitalisten wie Benko überlassen, damit dieser Kundendaten gewinnbringend verwerten kann, oder ob wir sie nutzen, um Arbeits- und Lebensbedingungen aller zu verbessern? Für letzteres nehmen Gewerkschaften ein politisches Mandat wahr. Und dafür müssen Gewerkschafter*innen zusammenfinden, um mit den Betroffenen anstatt für die Betroffenen gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Heißt, die Gewerkschaften müssen eine Strategie erst noch entwickeln?

Ich rede bewusst von Gewerkschafter*innen. Das sind nicht nur die Hauptamtlichen. Das sind die Ehrenamtlichen, gewerkschaftlich denkende Betriebsräte und jedes Gewerkschaftsmitglied, das sich an einer Strategieentwicklung aktiv beteiligen will.

Das macht aber den Aufbau von Strukturen notwendig, die dazu beitragen, Gewerkschafter*innen in ihrer politischen Arbeit zu stärken. Ganz genau. Hier sehe ich eine zentrale Aufgabe für DIE LINKE.

Vielen Dank für das Gespräch!

Pascal Meiser

Paketboten-Schutz-Gesetz

Nur ein billiger PR-Gag?

Im Februar 2019 machte eine Schwerpunktkontrolle des Hauptzollamts Köln noch einmal eindrucksvoll auf die miserablen Arbeitsbedingungen in der boomenden Paketbranche aufmerksam: Vor mehreren Verteilzentren nahm der Zoll Paketzusteller ins Visier. Dabei ergaben sich bei 540 überprüften Personen insgesamt 220 Hinweise auf Mindestlohnverstöße. Ver.di sprach in der Folge gar von zum Teil mafiösen Strukturen in der Branche und forderte, wie auch DIE LINKE, diese unhaltbaren Zustände endlich zu beenden. Bundesarbeitsminister

kumentiert werden und jederzeit vor Ort einzusehen sind – obwohl selbst der Bundesrat dies in seiner Stellungnahme forderte. Ohne eine solche Dokumentationspflicht aber ist die Nachunternehmerhaftung in der Praxis kaum effektiv zu kontrollieren. Völlig unverständlich auch, dass das Gesetz bis 2025 befristet ist. Als ob sich die Probleme der Branche in fünf Jahren erledigt hätten.

Alles also nur ein billiger PR-Gag? Zumindest weckt auch dieses Gesetz Erwartungen, die es am Ende kaum halten wird. Als Fraktion DIE



Hubertus Heil (SPD) kam angesichts dieses öffentlichen Drucks am Ende nicht länger an dem brenzlichen Thema vorbei und versuchte, sich in der Folge publikumswirksam als Schutzpatron der Paketboten zu inszenieren.

Mit dem „Paketboten-Schutz-Gesetz“ beschloss der Bundestag im November vergangenen Jahres schließlich für die Paketbranche eine so genannte Nachunternehmerhaftung, wie sie auch in der Bau- und in der Fleischwirtschaft existiert. Die großen Paketdienstleister haften seitdem als Hauptauftraggeber für nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge ihrer Subunternehmen. Ein grundsätzlich richtiger Ansatz, denn die großen Paketdienstleister lagern die Zustellung von Paketen – in unterschiedlichem Umfang – gezielt an Subunternehmerketten aus, die sich teilweise über halb Europa erstrecken. So entledigen sich Paketkonzerne der Verpflichtung zur Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen – wohlwissend, dass bei ihren Subunternehmern die Löhne rücksichtslos gedrückt werden.

Der an sich richtige Ansatz droht jedoch zahllos zu bleiben, da das Gesetz Schlupflöcher so groß wie Scheunentore lässt. So wurde zum Beispiel darauf verzichtet festzuschreiben, dass die Arbeitszeiten am jeweiligen Arbeitstag verlässlich do-

LINKE legten wir daher in einem eigenen Antrag dar, was tatsächlich notwendig wäre, um ernsthaft wieder Ordnung in die wildgewordene Paketbranche zu bekommen. Neben einer strikten Dokumentationspflicht bei der Arbeitszeit bleibt die konsequente Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit unerlässlich. Denn gerade in der Paketbranche fürchten viele Experten nach Einführung der Nachunternehmerhaftung ein noch stärkeres Ausweichen auf scheinselbstständige Beschäftigungsformen.

Zur Regulierung der Paketbranche gehört aber auch, dass nicht länger jeder einfach so ein Paketzustellunternehmen anmelden und dann Pakete ausliefern kann. Die Erlaubnis zur Auslieferung von Paketen muss, wie es bei der Briefpost bereits der Fall ist, endlich an das Vorliegen einer Lizenz gekoppelt werden, über die auch die Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmerketten begrenzt werden könnte. Und schließlich sollten wir auch nicht davor zurückschrecken, darüber zu diskutieren, wie wir die Postzustellung wieder vollständig in öffentlicher Regie betreiben können. Die in Kürze anstehende Überarbeitung des Postgesetzes ist eine hervorragende Gelegenheit für diese längst überfällige Debatte.

Pascal Meiser ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Betrieb & Gewerkschaft: Fünf Thesen zur Strategiedebatte

1 Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse analysieren, sonst wird linke Politik voluntaristisch.

Hinter uns liegen 30 Jahre neoliberale Angriffe. Sie sollten die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften brechen und den Sozialstaat der Nachkriegsära zerstören. Insbesondere Hartz IV hat die Beschäftigten diszipliniert. Gleichzeitig hat diese Politik unter aktiver Beteiligung der SPD eine Krise des Parteiensystems ausgelöst und den Aufstieg der AfD begünstigt. Damit gibt es erstmals seit 1945 eine rechte Partei, die das Potential und das Ziel hat, sich in der Arbeiterklasse zu verankern. Wer Forderungen nicht nur aufschreiben, sondern auch durchsetzen will, muss seine Strategie aus diesen veränderten Kräfteverhältnissen ableiten.

Hier geht's zur kompletten Version der Thesen:



2 Die LINKE ist bisher nur programmatisch die Partei der Arbeit.

Die Klassendiskussion ist zurück im Parteidiskurs. Doch DIE LINKE tut sich schwer mit der Klasse. Dabei wird deutlich, dass Klassenpolitik und Klassenherkunft zusammengehören. Man merkt unserer Sozialpolitik an, dass wir zwar die Statistiken zu Kinderarmut kennen, ihr bedrückendes Ausmaß aber nicht ermessen können. Armut geht weit über soziale Entbehrungen und fehlende Privilegien hinaus. Sie drückt sich aus in Bildungsferne, dem Gefühl der intellektuellen Unterlegenheit, in der Gewissheit, bestimmte Dinge niemals erreichen zu können und dem Stolz, wenn sie doch gelingen. Die Klassenpolitik von DIE LINKE ist zu sehr intellektueller Diskurs und zu wenig Ausdruck realer Klassenerfahrungen.

3 Über Armut zu reden ist noch keine Klassenpolitik.

Historisch ist die Entstehung der Partei DIE LINKE untrennbar mit den Protesten gegen Hartz IV verknüpft. Unsere Kritik daran war immer der entwürdigende Umgang mit Arbeitslosen und die Disziplinierung der Belegschaften als zwei Seiten einer Medaille. Unsere fehlende betriebliche Verankerung führt jedoch dazu, dass sich unsere arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Forderungen zunehmend auf Mindestforderungen beschränken. Doch weder wollen Arbeitslose mit Almosen abgespeist werden noch wollen sich Beschäftigte mit der betrieblichen Ohnmacht zufriedengeben. Unsere sanktionsfreie Mindestsicherung ist eine allenfalls verwaltende Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen, die aktiv bekämpft werden müssen.

4 Sozial-ökologischen Umbau mit der Perspektive, die Welt grundsätzlich zu verändern, verbinden.

Die gesellschaftlichen Widersprüche nehmen zu und der Kapitalismus stößt an seine ökologischen, sozialen und demokratischen Grenzen. Soziale Absicherung, Umweltschutz und Demokratie sind in einer profitorientierten Gesellschaft langfristig nicht durchzusetzen. Deshalb stellt sich die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen. DIE LINKE muss aus dem Ausbau sozialer Infrastruktur, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur Verteilungsfragen machen. Gleichzeitig sind alternative Mobilitätskonzepte noch keine Antwort auf die Verunsicherung der Beschäftigten. Mit der Idee einer ökologischen Industriepolitik kann die Handlungsfähigkeit betrieblicher Akteure gestärkt werden.

5 DIE LINKE braucht Klassenverankerung – Zeit, die Klasse zu organisieren.

Nur die Verankerung in der Klasse macht DIE LINKE handlungsfähig. Sie erlaubt uns nicht nur über, sondern mit der Klasse zu diskutieren. Sie gibt uns die Möglichkeit, diese für die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung zu gewinnen und die betrieblichen und gewerkschaftlichen Debatten mitzubestimmen. Die Möglichkeiten dazu sind mindestens genauso groß wie die Herausforderungen. Doch es braucht einen Fahrplan und konkrete Schritte. Notwendig ist der Aufbau von Strukturen, die dazu beitragen, handelnde Akteure in den Betrieben zu stärken. Wir brauchen lokale Strukturen von Betrieb & Gewerkschaft, einen Gewerkschaftsrat und regelmäßige Treffen der Partei- mit der Gewerkschaftsspitze.



ABB.: ROBUART/123RF [M]

Was ist los im Nahverkehr?

Über 130.000 Menschen tun täglich alles für ihre Fahrgäste.

Die Fahrer*innen von Bussen, Straßenbahnen und U-Bahnen halten an 7 Tagen in der Woche Tag und Nacht den Takt. Fachkräfte wie Mechatroniker*innen, Schlosser*innen oder Lackierer*innen halten Fahrzeuge und Infrastruktur in Schuss. In den Verwaltungen haben alle ein offenes Ohr für ihre Kundinnen und Kunden. Der Service sorgt für Sicherheit und Sauberkeit. Ihre Identifikation mit der Arbeit ist hoch. Die Arbeitsbedingungen werden allerdings kritisch bewertet. Seit 20 Jahren sind die Kommunen auf Sparkurs.

- In allen Bereichen gab es Personalabbau
- Zur Arbeitsplatzsicherung mussten Tarifverträge verschlechtert werden
- Arbeitsmenge, Stress und Belastung haben zugenommen
- Zweistellige Krankenstände sind die Regel
- 40% der Beschäftigten sind über 50 Jahre alt
- Die Anzahl der Fahrgäste nahm seit 1998 um 24% zu, die der Beschäftigten ist um 18% gesunken.

Umsteigen – Fahrt Richtung Zukunft

Arbeit im Nahverkehr muss wieder attraktiv werden. Leistung muss fair bezahlt und Belastung begrenzt werden. Die ungleiche Behandlung in den einzelnen Bundesländern muss enden. War-

um haben Neueingestellte in Nordrhein-Westfalen 30 Tage Urlaub, in Niedersachsen jedoch nur 28?

Das Sparen muss ein Ende haben, die Ungerechtigkeit muss enden. Deshalb startet ver.di die Kampagne #TVN2020. Ab 30. Juni 2020 wird ver.di die Arbeitsbedingungen im kommunalen Nahverkehr bundesweit gleichzeitig verhandeln. Es geht um die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub, Sonderzahlungen, Zuschläge und Zulagen, Überstunden, besondere Regelungen zur Dienstplanung, Pausen, Eingruppierung und vieles mehr. (Quelle ver.di Kampagnenseite: <https://tvn2020.de/>)

Verkehrswende braucht einen gut ausgebauten ÖPNV

Klimagerechter Verkehr, Mobilität für alle und gute Arbeit im ÖPNV gehören zusammen und müssen gemeinsam durchgesetzt werden. Denn ohne zusätzliches Personal kann der öffentliche Nahverkehr den Anforderungen der Verkehrswende nicht gerecht werden. Deshalb machen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft Druck für gute Arbeit – und damit für einen besseren Nahverkehr. Gleichzeitig werden vielerorts Initiativen für einen besseren Nahverkehr aktiv, und die erstarkte Klimabewegung demonstriert für eine Verkehrswende.

Veranstaltungsempfehlungen:

Die Linke im Bundestag lädt ein zu „ÖPNV – gut für alle!“ – Forum zu solidarischer Mobilität
Freitag, 13. März 2020, 11 bis 16.30 Uhr, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Europasaal, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin
Eine Anmeldung ist aufgrund der Sicherheitsbestimmungen des Deutschen Bundestages namentlich mit Angabe des Geburtsdatums bis zum 10. März 2020 über die Homepage www.linksfraktion.de/termine oder per E-Mail an veranstaltung@linksfraktion.de mit dem Betreff „ÖPNV“ erforderlich. Für den Einlass ist ein gültiges Personaldokument mit Lichtbild notwendig.

Die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) lädt ein zu einem

Ratschlag öffentlicher Nahverkehr

8. bis 9. Mai 2020 · Leipzig
Anlässlich der Tarifrunde Nahverkehr lädt die RLS Beschäftigte, Aktive aus Gewerkschaften, Verkehrsinitiativen, Klimabewegung, linke Kommunalpolitiker*innen und Interessierte ein, darüber zu diskutieren, wie wir eine Stärkung des ÖPNV gemeinsam durchsetzen und uns besser vernetzen können.

Info und Anmeldung: rosalux.de/ratschlag-oepnv



Ulrike Eifler Mitglied bei ver.di. Geboren und aufgewachsen in Eberswalde (Brandenburg). Studierte in Marburg Politologie und Sinologie und finanzierte ihr Studium als Aushilfe im Einzelhandel. Sie war zehn Jahre als Gewerkschaftssekretärin tätig, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB-Region Südosthessen. Im März 2019 wechselte sie zur RLS nach Genf und ist dort für Internationale Gewerkschaftspolitik zuständig.



Jana Seppelt Über Ausbildung als Industriekauffrau und Politologin und politische Arbeit im Rahmen der Krisenproteste 2010 zu ver.di gekommen – erst als Organizerin in Hessen, dann als Gewerkschaftssekretärin im FB Gemeinden in Stuttgart und Berlin. Ihr ist die Aufwertung sozialer Berufe und der Schutz und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein ebenso wichtiges Anliegen wie die Rückführung ausgelagerter Töchter und damit der Kampf gegen prekäre Arbeit und Niedriglohn. Sie ist aktiv in der Vorbereitung der Streikkonferenz, sowie in der LAG Betrieb & Gewerkschaft in Berlin, die sie für den aktuellen Berliner Landesvorstand vorgeschlagen hat, in dem sie seit einem Jahr ist.



Monika Heim Kommt aus Esslingen (Baden-Württemberg). Studierte Bibliothekswesen und hat umgeschult auf IT-Fachkraft. Seit 2018 ist sie freigestellte Betriebsrätin eines Automatisierungunternehmens mit Schwerpunkt IT, Digitalisierung, Neue Arbeitsformen und Antidiskriminierung. Mitglied im Ortsvorstand der IG Metall Esslingen, in der Großen Tarifkommission, Sprecherin des Ortsfrauenausschuss. Ehrenamtliche Arbeitsrichterin.

Der neue Bundes-sprecher*innenrat



Christiane Tenbenschel Mitglied bei ver.di. Geboren und aufgewachsen im Ruhrgebiet und dortgeblieben. Zunächst als Krankenschwester gearbeitet, dann als Lehrerin für Pflegeberufe eine große Weiterbildungsstätte im Ruhrgebiet geleitet. In Bochum Pflege- und Sozialwissenschaft studiert und in Projekten an der Ruhr-Universität, Universität Witten-Herdecke und der Charité Berlin und auch für ver.di als Gewerkschaftssekretärin im Bereich Gesundheitswesen und Gemeinden gearbeitet. Aktuell für das DGB-Bildungswerk Bund in einem Projekt zur fairen Integration tätig.



Jan Richter (Berlin): Geboren und aufgewachsen in Stralsund. Gelernter Kaufmann im Einzelhandel. Gründungsmitglied eines Betriebsrats bei H&M, von 2006-2014 dessen Vorsitz. 2014 Wechsel in das Büro von MdB Jutta Krellmann (gewerkschaftspolitische Sprecherin). Seit 2017 Koordinator des Arbeitskreises „Arbeit, Soziales und Gesundheit“ in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Aktiv in der LAG Betrieb & Gewerkschaft in Berlin. Mitglied bei ver.di und NGG.



Ingo Meyer Mitglied bei ver.di. Geboren in Dortmund und freier Journalist. Mitglied im erweiterten Landes-sprecher*innenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft NRW, im Landes-sprecher*innenrat der AG weg mit Hartz IV sowie im Bundessprecher*innenrat der AG Hartz IV und Fraktionsvorsitzender für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Dortmund-Huckarde und sachkundiger Bürger im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung des Dortmunder Rates. Themenschwerpunkte sind Sozial- und Gewerkschaftspolitik, sowie der Einsatz gegen marktradikale und neoliberale Politik. Seit mehreren Jahren aktiv im Bündnis „Umverteilen – ein gerechtes Land für alle“.



Torsten Steidten Ist Diplom-Mathematiker und hat einen Hochschulabschluß als Fachübersetzer Englisch-Deutsch. Er ist seit 2018 als Gewerkschaftssekretär und Referent für Hochschule und Forschung bei der GEW Sachsen beschäftigt, Gemeinderat seines Heimatortes Gelenau im Erzgebirge sowie Sprecher des Landesrates von DIE LINKE.Sachsen und der AG Betrieb & Gewerkschaft beim Stadtverband DIE LINKE.Chemnitz.



Stephan Marquardt Ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in der Geschäftsstelle Alfeld-Hamel-Hildesheim. Nach Eintritt in DIE LINKE 2013 z.Z. Kreissprecher und Bundesausschussdelegierter und seit 2016 im Landesvorstand. Bei seiner Arbeit legt er immer ein großes Augenmerk darauf, gewerkschaftliche Positionen zu schärfen und nach vorne zu bringen und freut sich sehr auf die produktive Arbeit in der BAG.

Unser Selbstverständnis

Klassenverankerung ist Parteaufbau

Die BAG Betrieb und Gewerkschaft ist eine Plattform für linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter innerhalb unserer Partei. Mit 16 Landesarbeitsgemeinschaften und jährlichen Bundestreffen verfügen wir über eine stabile Struktur. Warum ist das wichtig? Weil die Organisation von Beschäftigten eine notwendige Voraussetzung für unsere Klassenverankerung ist. Die Arbeit unserer Parlamentsfraktionen ist ohne eine starke außerparlamentarische Bewegung nur halb so wirksam. Aber auch Bewegungen können bei der Durchsetzung ihrer Ziele auf eine Klassenverankerung nicht verzichten.

Klassenverankerung bedeutet, gesellschaftliche Entwicklungen durch die Brille der Beschäftigten zu betrachten. Sie organisieren, um in der gemeinsamen Debatte die Erfahrungen zu bündeln und eine gemeinsame Sicht auf die Welt zu entwickeln. Klassenverankerung heißt, der täglichen Individualisierung kollektive Antworten und Mobilisierungsstärke entgegenzusetzen. Deshalb wollen wir die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in unserer Partei unter dem Dach der BAG zusammenzufassen, ihnen eine gemeinsame Diskussionsplattform anbieten, ihre Themen bündeln und dadurch das gewerkschaftspolitische Profil unserer Partei schärfen. DIE LINKE muss ein verlässlicher Ansprechpartner für die Gewerkschaften sein. Gleichzeitig wollen wir aber auch in die gewerkschaftlichen Debatten eingreifen und dort für linke Perspektiven werben. Wir wollen für eine konfliktorientierte, parteiunabhängige, am politischen Mandat orientierte Gewerkschaftspolitik streiten. Wir wollen, wie bei den Pflegestreiks, Arbeitskämpfe politisch verallgemeinern. Wir wollen Solidarität organisieren. Und wir wollen für klare Positionierungen beispielsweise zu Parteien wie der AfD streiten – nicht von außen, sondern als aktiver Teil der Gewerkschaftsbewegung.

Wir wollen starke Gewerkschaften und eine starke LINKE. Ebenso wie unsere Partei gewerkschaftspolitische Impulse braucht, um stärker zu werden, brauchen die Gewerkschaften Impulse von links. Der Aufbau der BAG Betrieb & Gewerkschaft ist weder beliebig noch wahllos, sondern Grundvoraussetzung zur Stärkung unserer Partei. Parteaufbau ist Mitgliederentwicklung, aber auch die Herstellung von Handlungsfähigkeit für jedes einzelne Mitglied ebenso wie für die Gesamtpartei.

Jutta Krellmann

Mitbestimmung zahlt sich aus

Wenn Beschäftigte mitreden, sind die Arbeitsbedingungen im Betrieb meist besser. Trotzdem ist der Anteil der Betriebsräte rückläufig. Betriebsräte oder diejenigen, die einen gründen wollen, werden immer häufiger angegriffen. Dieses Verhalten ist zutiefst undemokratisch und hat mit der vielbeschworenen Sozialpartnerschaft nichts zu tun. Es ist eine Kampfansage der Arbeitgeber, die Demokratie in ihren Betrieben offen ablehnen. Dazu setzen einige Arbeitgeber auf Union Busting, das systematische Bekämpfen von Betriebsräten und Gewerkschaften. Diesem unverhohlenen Angriff auf die Demokratie sieht die Politik tatenlos zu. Viel zu oft kommen die Täter ungestraft davon.

Dass sich Arbeitgeber so verhalten können, haben politische Entscheidungen begünstigt. Die Ausweitung prekärer Arbeit durch die Agenda 2010 hat Belegschaften gespalten, Hartz IV hat sie diszipliniert und die gewerkschaftliche Organisation nachhaltig geschwächt. Ziel war Arbeit um jeden Preis. Betriebsräte sind in dieser Perspektive ein Störfaktor. Unsere Arbeitswelt wandelt sich erneut. Stichworte sind: Digitalisierung, Klimawandel und Globalisierung. Arbeitgeber sehen ihre Chance, die Mitbestimmung weiter zurückzudrängen. Hier gilt es gegenzuhalten. Bestimmen Markt und Konzerne wie Amazon & Co. allein, hat das fatale Folgen. Beschäftigte werden durch technische Möglichkeiten minutiös überwacht, bis zum Gang auf die Toilette. Gleichzeitig schreien Arbeitgeber nach mehr Flexibilisierung und laufen Sturm gegen die Erfassung der Arbeitszeit. Dabei muss der Wandel Anlass sein, die Arbeitswelt gerechter, menschlicher und demokratischer zu gestalten – durch die Beschäftigten selbst. Dazu sind starke Betriebsräte und eine Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen notwendig.

Blutiger Januar 1920

Dieser Tage feiert die betriebliche Mitbestimmung 100. Geburtstag. Geboren als Arbeiter- und Soldatenräte aus den Schrecken des Ersten Weltkrieges, waren sie die treibende Kraft für das Ende der Monarchie und Geburtshelfer der ersten deutschen Demokratie. Anfang 1919 gab es unzählige regionale Generalstreiks. Unternehmer fürchteten eine deutsche Oktoberrevolution und waren bereit, sich mit den Gewerkschaften zu arrangieren. Am 13. Januar 1920 protestierten über 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen ein von der SPD vorgelegtes Gesetz und forderten im Berliner Regierungsviertel volle Mit-



bestimmungs- und Kontrollrechte in den Betrieben. Während im Reichstag das Betriebsrätegesetz debattiert wurde, eröffnete die Sicherheitspolizei draußen das Feuer. Mit 42 Toten und über 100 Verletzten handelte es sich um die blutigste Demonstration der deutschen Geschichte. Das Betriebsrätegesetz trat am 4. Februar 1920 in Kraft. Es blieb weit hinter den Erwartungen der Räte zurück, legte aber den Grundstein für die betriebliche Demokratie. Nach der gewaltsamen Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten markierte das Ende des Zweiten Weltkrieges auch den Neuanfang für die Mitbestimmung. Die Lehre aus der Nazi-Diktatur und deren Pakt mit Groß-Unternehmern ließ bei Räten und Gewerkschaften die Forderung nach einer mitbestimmten Wirtschaft abermals aufflammen. Bundesländer wie Hessen erweiterten 1948 die Mitbestimmung erstmals auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten. Doch das wurde durch US-Einfluss kassiert und 1952 endgültig durch das Betriebsverfassungsgesetz auf Bundesebene ersetzt.

Die Geschichte der Mitbestimmung ist ein bis heute andauernder Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Dieser Kampf ist im Kapitalismus systemrelevant und wird in Zeiten neoliberaler Wirtschaftspolitik noch mal verschärft. 100 Jahre Betriebsräte heißt 100 Jahre Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für gelebte Demokratie in den Betrieben. Heute gilt es, diesen Status quo nicht nur zu verteidigen, sondern einen Schritt weiter zu gehen – um die Demokratie in Deutschland insgesamt zu stärken. Denn betriebliche Mitbestimmung bedeutet demokratische Teilhabe. Die Geschichte lehrt uns: Nur eine gelebte Demokratie in allen Bereichen unserer Gesellschaft vermag es, ein starkes Bollwerk gegen autoritäre und demokratiefeindliche Bestrebungen zu sein.



Jutta Krellmann ist Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung, Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Der Beitrag erschien am 7. Februar 2020 in der Tageszeitung Frankfurter Rundschau.

Ja, ich will

... regelmäßig die betrieb & gewerkschaft zugeschickt bekommen.

Ja, ich will mehr

... Informationen über die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken.

Nein!

Ich will jetzt endlich mal Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Ja, ich möchte

... regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden und deshalb in der AG Betrieb & Gewerkschaft aktiv mitarbeiten

Name

Anschrift

E-Mail-Adresse

Gewerkschaft

Einsenden an DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

DIE LINKE.
& betrieb & gewerkschaft

wird herausgegeben vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bankverbindung: Berliner Volksbank eG IBAN: DE38100900005000600000

Telefon: (030) 24 00 93 59

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH

Erscheinungsweise: Drei Ausgaben im Jahr

Redaktion: Ulrike Eifer, Michael Frey, Jan Richter, Jana Seppelt Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.

Gegenmacht statt Ohnmacht

In dem jüngst im VSA-Verlag erschienen Buch kommen Historiker, Betriebsräte, Gewerkschafter und Arbeitsrechtler zu Wort. Sie beleuchten aus ihrer Sicht die Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung: Von der bürgerlichen Revolution 1848/49 über die Novemberrevolution 1918, die rechtlose Zeit während der NS-Diktatur bis hin zum Betriebsverfassungsgesetz und seinen Novellierungen, wie wir es heute kennen. Die Rolle der Frauen („Arbeiterinnen und Sozialistinnen gegen den Krieg“) wird berücksichtigt und es gibt eine kritische Betrachtung zur Rolle der Gewerkschaften. Neben dem kurzen Zeitfenster für wirtschaftliche Mitbestimmung erfahren wir auch von den

indirekten Angriffen auf die Betriebsverfassung in der Ära Kohl. Das Buch endet mit der Perspektive nach vorn und geht der Frage nach, wie Mitbestimmung in einer digitalisierten Arbeitswelt aussehen kann. Unterbeleuchtet bleibt, dass es in unserem autoritären Kapitalismus zunehmend auch autoritären Widerstand gegen Mitbestimmung gibt, mit dem Ziel betriebsrats- und gewerkschaftsfreier Zonen (Stichwort: Union Busting). Den Blutzoll, den unsere Vorfahren bei der Erämpfung des Betriebsrätegesetzes vor 100 Jahren gezahlt haben, sollte uns allen Mahnung sein. Empfehlung: Absolut lesenswert. Extra-Pluspunkt für die verständliche Sprache.

Isaf Gün/Benedikt Hopmann/ Reinhold Niernerg (Hrsg.) **Gegenmacht statt Ohnmacht** 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz: Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung Verlag VSA, ISBN 978-3-96488-036-9



160 Seiten, 2019, EUR 14,80